

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis... Einzelhefte... Ausland...

Original Signa.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle... Kleiner Anzeigen...

Telegramm-Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 26. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Fliegerkämpfe zwischen Meer und Mosel.

Minenwerfen bei Ypern. — Gefechte an der Verlegungsfront. — Zahlreiche Flugkämpfe zwischen Meer und Mosel. — Artilleriekampf bei Smorgon und in Ostgalizien.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 25. März 1917. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei klarem Wetter war an der flandrischen und Artoid-Front die Artillerietätigkeit lebhaft. Südöstlich von Ypern führten unsere Minenwerfer ein Wirkungsfeld durch; im Anschluß daran vordringende Erkunder fanden die Gräben völlig zerstört und vom Feinde geräumt vor.

Bei Beaumont, Roisel und östlich des Crozat-Kanals trafen feindliche Fortschiffe auf unsere Sicherungen, die nach Schädigung des Gegners ihren Weisungen entsprechend auswichen; in einem Gefecht bei Bregny (nordöstlich von Soissons) wurden französische Bataillone verlustreich zurückgeschlagen.

Bei Soupir und bei Geray auf dem Nordufer der Aisne brachen in kraftvollem Sturm unsere Stoßtruppe nach wirksamer Feuerbereitung in die französischen Linien und kehrten mit 60 Gefangenen zurück.

Zwischen Meer und Mosel waren die Angriffe unserer Flieger gegen feindliche Flugzeuge und Erdziele zahlreich. In Luftkämpfen verloren die Engländer und Franzosen 17 Flugzeuge; Oberleutnant Fehr v. Rüdthofen brachte den 30. Leutnant Toß seinen 16. und 17. Gegner zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei einem Handstreich nahe Samwan an der Duna blieben 21 Russen in unserer Hand.

In mehreren Abschnitten, vornehmlich bei Smorgon, westlich von Luck, bei Proby und Brzganah nahm die Feuerleistung zeitweilig zu.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Secestruppe des Generalfeldmarschalls von Radenka.

ist die Lage bei Tanwetter unverändert.

Mazedonische Front.

Nördlich von Monastir säuberten unsere Streifabteilungen ein vor der Stellung verbliebenes französisches Schützennest.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 25. März 1917, abends. (B. Z. B.)

Im Westen lebhafteste Geschäftstätigkeit im Winkel zwischen Somme und Crozat-Kanal. Vom Osten und von der mazedonischen Front ist nichts Besonderes gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 25. März 1917. (B. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Luck auf unserer Seite günstig verlaufene Stoßtruppenunternehmen. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karst-Hochfläche brangen unsere Sturmtruppen gestern früh bei Roskanjica in die erste feindliche Befestigungslinie ein, vertrieben die italienischen Posten und kehrten beschlagnahmt wieder in unsere Stellung zurück. Nachmittags war der Artilleriekampf auf der Hochfläche sehr lebhaft. Im Gebiet des Stillfer-Jochs wirkten unsere Truppen einen Angriff der Italiener auf den Monte Scerluzzi unter beträchtlichen Verlusten des Feindes ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Secestr, Feldmarschallleutnant.

Die Kohlensteuer kommt!

Von Wilhelm Reil.

Die erste Beratung der Kohlensteuervorlage im Hauptauschuß des Reichstags hat sich ziemlich lange hingezogen. Das kam daher, daß das Zentrum wieder einmal in seine bekannte Gemohnheit zurückfiel, sich zunächst ein wenig spröde zu zeigen, um sich im weiteren Verlauf der Beratung umwerben zu lassen und schließlich, wenn seine Wünsche erzielt sind, mit Inbrunst der Regierung an die Brust zu sinken.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen in der Presse die bestimmte Ankündigung der demnächstigen Aufhebung des Jesuitengesetzes zu lesen war. Diese Ankündigung lag noch nicht vor, als der Abgeordnete Erzberger mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit dem Auschuß auseinandersetzte, daß es geradezu unmöglich sei, mit der Kohlensteuer das Gleichgewicht im Etat für 1917 herbeiführen zu wollen. Denn die Steuer bringe dem Reich ja gar keine Einnahmen. Zu einem erheblichen Teil sei das Reich selbst Kohlenverbraucher und müsse mit der linken Hand wieder geben, was es mit der rechten nahm; zu einem anderen Teil werde die Kohle von den Ariegalieferanten verbraucht, die sich durch Preisaufschläge, die höher sein würden als die Steuer, schadlos halten würden. Schließlich werde das Reich während des Krieges infolge der Kohlensteuer größere Ausgaben als seine Einnahmen haben.

So der Vorsitz der des Zentrums bei Beginn der Auschlußberatungen. Es waren seitdem noch keine acht Tage verstrichen, als derselbe Abgeordnete Erzberger seinen Antrag, die Kohlensteuer schon am 1. August d. J. in Kraft treten zu lassen, damit begründete, das Reich brauche Geld und man solle es ihm so reich als möglich zuführen.

In der Zwischenzeit hatte sich das Zentrum ein heimes Manöver gestattet mit dem Antrag, von der Regierung Material über die Preisbildung der Kohle im Kleinverkauf zu verlangen. Von diesem Material wollte das Zentrum seine Entscheidung über die Kohlensteuer abhängig machen. Die Regierung entsprach dem Verlangen. Sie bediente sich dabei eines Fachmannes, der ihr vom Abgeordneten Erzberger empfohlen worden war. Das Material fiel jedoch so dürftig aus, daß Erzberger selbst sich darüber lustig machte. Mit vollem Recht, denn die von der Regierung vorgelegten Kohlenzusammenstellungen bewiesen nicht mehr und nicht weniger, als daß der Groß- und der Kleinhandel trotz der ungeheuerlich gestiegenen Kleinverkaufspreise einen lächerlich bescheidenen Gewinn erzielt! Dem Zentrum aber genügte dieses Material, um seine „schweren Bedenken“ gegen die Kohlensteuer zu überwinden. Des Rätsels Lösung ergab sich daraus, daß in der Zwischenzeit die feste Zulage gegeben worden ist, das Jesuitengesetz aufzuheben. Das deutsche Volk muß also die Zulassung der Jesuiten ins Gebiet des Deutschen Reichs mit 500 Millionen Mark Kohlensteuer bezahlen.

Nach der Regierungsvorlage sollte die Steuer 20 Proz. des Wertes der Kohle, berechnet nach dem Preis ab Grube, betragen. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen hat diese grundsätzliche Bestimmung Annahme gefunden. Die große Verbitterung, die sich aus dieser Mehrbelastung der ohnehin unter der Last der Kriegsteuerung seufzenden Volksmassen ergeben wird, suchte man möglichst zu mildern durch Vorschriften zum Sänke des sogenannten Hausbrandes. Selbstverständlich waren auch die Vertreter unserer Fraktion bemüht, die minderbemittelten Kohlenverbraucher gegen die Kohlensteuer zu schützen. Sie wollten den Zeichen die gesetzliche Verpflichtung auferlegen, direkt zu Zechenpreisen an Gemeinden und Genossenschaften für Hausbrandzwecke Kohle zu liefern. Die Gemeinden sollten verpflichtet werden, Vorkehrungen zu treffen, daß den minderbemittelten die Kohle ohne Steueraufschlag geliefert werde. Das Reich sollte in diesen Fällen den Gemeinden die Steuer erlegen.

Ein Antrag Erzbergers machte sich einige Gedanken dieser Vorschläge zu eigen, indem er vorschrieb, daß für Kohle, die den Gemeinden auf Verlangen für Hausbrandzwecke von den Zechen geliefert werde, die Steuer „nur“ 15 Proz. betragen soll. Von unserer Seite wurde dazu erklärt, daß der Antrag nur dann einen praktischen Zweck habe, wenn den Gemeinden die Pflicht auferlegt wird, die minderbemittelten mit Hausbrandkohle zu versorgen. Der Antrag Erzbergers hat zunächst Annahme gefunden unter der Voraussetzung, daß er eine Grundlage zur Ausschaltung der enormen Handelsprofite bilden könne, mit denen heute der Kohlenverbrauch belastet ist. Raum aber war dieser Vorschlag gefaßt, da lag auch schon ein energischer telegraphischer Einspruch des Kohlenindustrials vor, das erklärt, die Durchführung der direkten Lieferung an die Gemeinden sei praktisch unmöglich.

Wiederum 80 000 Tonnen vernichtet.

Amlich. Berlin, 25. März 1917. Außer der im Laufe des Monats März bereits veröffentlichten Schiffverlusten haben unsere U-Boote in den letzten Tagen versenkt:

25 Dampfer, 14 Segler und 37 Fischerfahrzeuge.

mit einem Gesamttonnagehalt von 80 000 Br.-Reg.-T.

Ferner wurde am 9. März von einem unserer Unterseeboote im Kanal ein englischer Doppeldecker durch Geschützfeuer vernichtet.

Die versenkten Schiffe setzen sich zusammen aus:

1. Englische Schiffe. Die bewaffneten Dampfer Brila (3540 T.), Denport (1950 T.), das englische Bewachungsfahrzeug Scandan und Peringslogger G. R. 84 im Schlepp; die Dampfer Blunymel (1894 T.), Remmen (3208 T.) und das Lazaretttschiff Asturias (12 002 T.).

Der Segler Sir Joseph und die Fischerfahrzeuge Robert, Rivin, Joffamine, Gratta, Vent Billy, Phorinth, Cose, Intexnose, Kellb, Ena, Kestrel, Reindeer, Torget me not, Tex und Avanco.

2. Französische Schiffe. Carl Gullu, Schoner La Marne, Eugène Robert, Anais, Madeline Davoust, die Segler Abien, Marie Louise aus Foramp, Marie Louise aus St. Malo, American, die Postschoner Maria Joanne und Cordouain.

Die Fischerfahrzeuge Petit Jean, Ferns Louis, Dieu de Garde, Royal, Rupella, Louis XIV., Rusten, Reibe Maria, Juliette, Camille Emille, L. R. 1285, L. R. 1829, Madeline, Hellette, Madonna und Entente Cordiale.

3. Der italienische Dampfer Medusa (etwa 1000 T.).

4. Norwegische Schiffe. Die Dampfer Solferino (1115 T.), Miltred (1121 T.), Gilda (1824 T.), Blaananen (964 T.), Ronald (3021 T.), Ervedit (680 T.), Jritt (1185 T.), Rinar Jaet (1549 T.) und der Segler Steu (etwa 500 T.).

5. Die amerikanischen Dampfer: Minnie (5225 T.) und Cith Pemphis (5252 T.), der spanische Dampfer Rivina (3034 T.) und der holländische Dampfer La Campine (2557 T.).

6. An Schiffen, deren Namen beim Nachbegriff oder weil sie keinen Namen an der Bordwand führten, nicht festgestellt werden konnten, wurden vernichtet: ein unbekannter belagener Dampfer von etwa 3000 T. aus einem Contour heraus durch Torpedoschuß,

ein englischer bewaffneter Dampfer von etwa 3000 T., ein Dampfer von etwa 3500 T., ein Landdampfer von etwa 3000 T., ein Dampfer von etwa 5000 T., ein norwegischer Dampfer von etwa 2500 T., ein Dreimastschoner von 300 T. sowie drei englische und zwei französische Fischkutter.

Mit vorstehenden Schiffen sind, soweit bisher bekannt, unter anderem etwa 34 000 Tonnen Kohlen, in der Hauptsache nach Frankreich bestimmt, 3000 Tonnen Brennstoff, 3300 Tonnen Erz von Huelsa nach Westhartslepool unterwegs, 3300 Tonnen Getreide und 9900 Tonnen Lebensmittel, abgesehen von den mit den Fischerfahrzeugen versenkten Fischen, vernichtet. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutschland und Rußland.

Wie das B. Z. B. erfährt, hat Staatssekretär Zimmermann vor einigen Tagen eine Abordnung von Litauern aus dem besetzten Gebiete empfangen. Er hat im Laufe der Unterhaltung gesagt, daß die Regierung der litauischen Bevölkerung das größte Wohlwollen entgegenbringe und beim Frieden, auch ihren Wünschen nach einer weitgehenden Selbstverwaltung volles Entgegenkommen zeigen werde.

Ueber die Frage, im Rahmen welches Staatsverbandes die Litauer ihre Selbstverwaltung genießen sollen, hat sich Herr Zimmermann danach nicht ausgesprochen.

Zarenflucht-Gerüchte.

Petersburg, 25. März. (Redung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Alle Gerüchte, daß der Zar geflohen sei, sind freierunden.

In schwedischen Blättern waren solche Gerüchte aufgetaucht und alsbald, sensationell aufgebauscht, in alle Welt hinaus telegraphiert worden.

Stockholm, 25. März. Laut Petersburger „Wochenzeitung“ wurden bei der Hausung im Zarenschloß Zarsoje große Vorräte an Lebensmitteln, Waffen und Sprengstoffen gefunden.

Wenn man weiß, wie sehr die Sechengefährten mit dem Kohlenhandel verflochten sind, wundert man sich nicht darüber, daß das Syndikat seine schützende Hand über den Handel hält. Sehr wahrscheinlich ist, daß auch die Gemeinden sich entschließen werden, die Aufgabe, die ihnen zugeordnet ist. Nachdem die Reichsleitung bei ihren Steuerentwürfen entschieden Gewicht darauf gelegt hat, jede stärkere Anspannung des Beamtenapparats während des Krieges möglichst zu vermeiden, kann man es verstehen, daß die mit der Kriegsfürsorge sehr stark in Anspruch genommenen Gemeinden sich nicht eine große neue Aufgabe zuweisen lassen wollen.

Es ist daher noch sehr zweifelhaft, ob überhaupt die Verhinderung des Hausbrands der Minderbemittelten von der Kohlensteuer erreicht wird. Natürlich würde auch die vollste Steuerfreiheit des Hausbrandes an unserer grundsätzlichen Stellung zur Kohlensteuer nichts ändern. Die Kohlensteuer belastet die gesamte Warenproduktion in sehr empfindlicher Weise. Sie wird zur weiteren Steigerung der Preise aller Bedarfsgegenstände stark beitragen. Nach dem Friedensschluß wird sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt beeinträchtigen. England, der größte Rivale Deutschlands, schafft während des Krieges nicht neue Produktions-, sondern Besitzsteuern. Deutschland verfährt umgekehrt. Wenn die Sozialdemokratie diese Politik nicht mitmacht, so dient sie im wahren Sinne den Interessenden deutschen Volkes.

Wilson gegen hysterisches Kriegsgeschrei.

Amsterdam, 24. März. Der „Times“ wird aus New York gemeldet: Konservative Politiker verlangen, daß dem Lande, vor allem dem Westen, ein deutliches Bild über den Gang der Ereignisse gegeben werde. Sie wünschen, daß ein allgemeines verständlicher Aktionsplan entworfen und entsprechend erläutert werde. Die Parteifreunde des Präsidenten Wilson mahnen zur Ruhe, da sie davon überzeugt sind, daß der Präsident weiß, was er will und vor allem einem Ausbruch hysterischer Aufregung zuvorkommen wünscht, der die Kraft der Nation nur schädlich beeinflussen würde.

Die Stimme der Wahrheit.

In der Zeit, da eine bedenkenlose Kriegslieferantenpresse die wildsten Volkseidenschaften aufweckt und nach jeder Verfertigung eines amerikanischen Schiffes als neuer willkommener Sensation hungert, warnt ein Nordamerikaner seine Landsleute in der Wochenzeitschrift „New Republic“ vor irreführenden Schlagworten und mahnt eindringlich zu vorurteillosem Urteil:

Wir sind in den Krieg hineingezogen worden infolge der von Präsident Wilson verfolgten Politik wohlwollender Neutralität gegenüber dem Verband. Beide kriegsführende Parteien haben jenen Komplex von verwickelter Deutung läßigen Präzedenzfällen, aus denen sich das Völkerrecht zu Beginn des Krieges zusammensetzt, verletzt. England beispielsweise verteidigt sein rigoroses Einverständnis gegen den neutralen Handel mit der allgemeinen Behauptung, daß sein Vorgehen, sollte es auch dem Völkerrecht nicht entsprechen, durch die Verwahrung Belgiens gerechtfertigt sei. Deutschland konnte sich der englischen Blockade auf zweierlei Weise entgegenstellen: entweder indem es neutrale Staaten wie Amerika veranlaßte, ihrerseits auf der Verfolgung der Grundzüge des Völkerrechts zu bestehen, oder indem es die widerrechtliche Unterdrückung des neutralen Handels mit der Unterseebootwaffe vergalt.

Unsere wohlwollende Neutralität beraubte Deutschland der Anwendung beider Waffen. Im Widerspruch zu unserer eigenen traditionellen Politik haben wir England gestattet, die weitestgehende und unerhittliche Handelsblockade auszuüben, die in der Geschichte des Seerechts bekannt ist. Und dennoch haben wir darauf bestanden, daß Deutschland einen Teil desselben Völkerrechtskodex streng respektierte, den England dauernd verletzte. In Verfolgung dieser Politik haben wir alles in unseren Kräften stehende angeboten, um das U-Boot als Waffe gegen den Handelsverkehr unschädlich zu machen. Wir haben also bereits eine Rolle in diesem Kriege gespielt, indem wir so gehandelt haben, daß dadurch der Erfolg der einen kriegsführenden Partei gefördert und der der anderen beeinträchtigt werden mußte.

Unsere Politik wohlwollender Neutralität war, wie wir glauben, durchaus gerechtfertigt. Aber indem wir sie befolgten, verriechten wir keineswegs dem herrschenden Seerecht Anerkennung.

Winterkrieg am Styr.

Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz. Anfangs März 1917.

Meine letzte Reise führte mich in den Bereich einer Division, die einer deutschen Armeegruppe angegliedert ist. Ich konnte da an einem typischen Fall sehen, wie sich das an der Ostfront durch die Ereignisse selbst geschäpene Aneinanderwachsen deutscher und österreichisch-ungarischer Truppenverbände bewirkt und welche Wirkungen es erzielt hat. Um es gleich zu sagen, habe ich nur solche Wirkungen wahrgenommen, die dem Ganzen zum Vorteil gereichen müssen. Früher hätte ich geglaubt, daß eine so enge Verknüpfung unserer Truppen mit den Deutschen — eine Verknüpfung, die sich unter Umständen bis in die Sphäre der niederen Befehlshaber erstrecken kann — gewisse Vorgesätze des Temperaments bloßlegen und Mißverständnisse hervorgerufen könnte. Die Erfahrung lehrt aber das Gegenteil. Ich habe früher bei österreichisch-ungarischen Truppen mitunter auch Behauptungen gehört, die das alte süddeutsche Vorurteil gegen norddeutsches Wesen widerspiegeln. Gerade dort aber, wo die Kriegslage eine Gemeinschaft setzt, die die Bundesgenossen auch persönlich in kameradschaftlichen Zusammenhang bringt, sind solche Behauptungen nicht zu hören. Im Gegenteil. Zu dem Respekt vor der Tüchtigkeit der deutschen Armee gesellt sich jetzt noch ein ganz gefühlvolles Einvernehmen, das über das bloße gegenseitige Vertrauen hinausgeht. Es wird bei den Deutschen vermuthet, daß auch nicht anders sein. Die Schwärzung des Wertes unserer Soldaten und ihres besondern Charakters ist bei ihnen jedenfalls noch erheblich gewachsen. Wahrscheinlich auch das Verständnis für ihre Situation, wie denn andererseits bei den Unrigen ein gewisser Sinn für das Entschieden ist, was man früher gern „preußische Bedenken“ genannt hat und was in Wirklichkeit nichts anderes ist als die sorgfältige Beachtung aller jener Kleinigkeiten, deren Hebersehen die großen „Prinzipien“ zerrüttet.

Auch bei der Division, die ich am Styr besuchte — es ist eine Infanteriedivision, die einst bei Sokal, unterstützt von den Deutschmeistern und Zehnerjägern, den Übergang ergriff —

Wären wir nicht parteiisch gegenüber Deutschland gewesen, so könnte es nicht seine gegenwärtige Entschuldigung für die Anwendung der U-Boote gegen Handelsfahrzeuge vordringen und hätte wahrscheinlich überhaupt nie den U-Boot-Krieg eröffnet. Hätten die Vereinigten Staaten wirklich Neutralität beobachtet, so würden wir entweder gegen beide kriegsführenden Parteien oder gegen keine von beiden internationale Uebereinkommen durchgesetzt haben. Im letzteren Falle würden wir jetzt nicht gerade Weges auf die Beteiligung am Kriege aufzuehren.“

Dieser Krieger in der Düste ist kein Friedensfreund um jeden Preis. Er schließt sich vertrauensvoll an Wilson an und fürchtet von einer Niederlage Englands die Vereinigung der Vereinigten Staaten; aber er hat den Mut, die Tatsachen zu sehen und zu sagen, was Rechtens ist.

Deutschland an China.

Zum Abbruch der Beziehungen Chinas zu Deutschland schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“ in einem längeren Artikel, der Vorgang müsse Verwunderung erregen, da China vom U-Boot-Krieg wenig berührt werde. Die Chinesen, die sich in die Sperrzone begeben und dabei ihr Leben verlieren, leisten den Feinden Deutschlands Handlangerdienste. China folge dem Druck der Feinde und höre auf die Verdröhnungen Amerikas, an deren Seite es seinen Vorteil zu finden hoffe. Weiter heißt es: „Durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen werden die bestehenden Verträge nicht aufgehoben. Den Deutschen in China steht weiter das Recht zu, unter dem Schutze der Exterritorialität in den Niederlassungen aller Nationalitäten und den Städten, die Ausländern geöffnet sind, zu wohnen und Handel zu treiben. Auch genießen sie nach wie vor die Vorrechte der Reisefreiheitsklausel.“

„Der jetzige Schritt droht, die schwache chinesische Republik des Wohlwollens der Macht zu berauben, die im Verein mit ihren Bundesgenossen als Siegerin aus dem Weltkrieg hervorgehen wird. Es wird an der Regierung Chinas liegen, sich die Rückkehr zu guten Beziehungen mit Deutschland offen zu halten.“

Sturm in der italienischen Kammer.

Vertagung auf unbestimmte Zeit.

Rom, 25. März. Die Kammer hat einen sozialistischen Antrag, sich bis zum 3. Mai zu vertagen, mit 283 gegen 31 Stimmen abgelehnt und sich dem Wunsch der Regierung gemäß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Sozelli verführte, das Ministerium sei sich vollständig der ungeheuren Verantwortung bewußt, welche es im gegenwärtigen Augenblick übernehme, das Parlament ohne Festsetzung eines Termins für den Wiedervereinigungstermin zu vertagen. Eine Annahme dieses Vorschlages werde daher ein Vertrauensvotum für das Kabinett bilden, welches alle seine Kräfte für die Interessen des Vaterlandes zum Zweck des Endsieges einsetzen werde. Ein großer, langer und stürmischer Beifall folgte diesen Worten.

Turati erklärte, die Minister mühten im gegenwärtigen kritischen Augenblick, wo jeden Tag die große österreichische Strafexpedition beginnen könne, das Bedürfnis haben, das Parlament zur Unterstützung zur Seite zu haben. Außerdem mühten die Abgeordneten dem dunklen Manöver der neuen, 70 Mitglieder zählenden nationalen Aktionspartei, der ehemaligen Interventionisten, hart auf die Finger sehen. Diese Partei nannte Turati Jassens „Komitee für Einheit und Fortschritt“, welche Worte einen lebenden Tumult auslösten. Turati setzte die namentliche Abstimmung trotz der großen Gegnerchaft im Hause durch.

Der „Avanti“ sagt in Besprechung der Kammerdebatte: Der Abgeordnete Turati torpedierte das trojanische Pferd, welches das Fortschrittskomitee im politischen System Italiens einzuführen versuchte. Darin verbirgt sich die demagogische Diktatur. Das Fortschrittskomitee unternahm erst aufrührerische Manöver und handelte in verdeckter Weise im Einverständnis mit dem Ministerium.

Die Friedensforderungen der russischen Sozialdemokratie.

Was der Stockholmer „Socialdemokraten“, der über die Vorgänge in Rußland sich besonders gut orientiert bewiesen hat, dieser Tage über die Zusammenwirkung der Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen, sowie über die Friedensbestrebungen der ersteren schrieb, gaben wir schon kurz bekannt. Im Wortlaut sagt das Blatt:

„Sollte sich das Gerücht bestätigen, daß Tschaidse in die provisorische Regierung eingetreten ist, so zeugt dieses in hohem Grade vom großen Ernst der Lage; daß alle Kräfte konzentriert werden müssen, die gegenrevolutionären Kräfte vollständig zu zermalmen. Unwahrscheinlich ist die Meldung nicht, denn zur Erreichung dieses Zweckes — aber nur dazu — dürften die Arbeiter zu einer weitgehenden Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien geneigt sein, falls die Lage es erfordern sollte. Die Leninische Parole aus der Schweiz, die jede Zusammenarbeit ablehnt, ist, wie wir früher schon hervorgehoben haben, nicht mehr geltend für die russischen Arbeiter. Solange die neue Ordnung nicht vollständig gesichert ist, hat man sicherlich eine vollständig geschlossene Front des gesamten revolutionären Rußland zu erwarten.“

Über wenn dies Ziel erreicht ist, kann man erwarten, daß die Gegensätze innerhalb des revolutionären Blocks in Bezug auf die auswärtige Politik Rußlands voll und ganz wieder wirksam werden. Man kann dann eine mächtige, selbständige Friedensaktion von Seiten der russischen Arbeiter in einem der internationalen Verständigung günstigen Sinne erwarten. Zunächst natürlich durch einen Druck auf die russische Regierung, dann jedoch mit der autoritativen Aufforderung an die Arbeiter der alliierten Länder, zum selben Zweck auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben. Die hier und dort aufgetauchte Annahme, daß die russischen Arbeiter einem Separatfrieden mit Deutschland geneigt seien, entbehrt einer Unterlage in den wirklichen Verhältnissen. In diesem Punkte dürften vielmehr alle russischen Sozialdemokraten, welcher Richtung sie auch seien, einiggehen. Das Programm der russischen Sozialdemokratie ist ein allgemeiner Friede, ein Friede ohne Annexionen und Schadenersatz. Daß sie unter irgendwelchen Umständen deutscher Eroberungslust im Westen das Feld offen lassen werden, ist ausgeschlossen. Ganz abgesehen davon, daß Rußland außer Deutschland noch eine andere Großmacht als Nachbarn hat — Japan — auf dessen unbedingtes Wohlwollen es sicherlich bei einem Bruch mit all den alten Bundesgenossen nicht rechnen dürfte. Rußland will Frieden haben und nicht einen neuen Krieg.“

Inwieweit diese Ausführungen des entente-freundlichen „Socialdemokraten“ sich mit den wirklichen Anschauungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie decken, muß bis zur Klärung der Lage in Rußland dahingestellt bleiben.

Die Beuteprovinz der Entente.

Stockholm, 24. März. Die „Nya Dagbladet“ Alshanda“ aus Haparanda erzählt, flogen die russischen Zeitungen darüber, daß die Vertreter der Ententemächte bei der Konferenz in Petersburg hauptsächlich danach streben, ihren Ländern Vorteile auf Kosten Rußlands zu verschaffen. Dies gilt besonders von Englands Vertreter, der förmlich nach Privilegien jagte, und vom Vertreter der Vereinigten Staaten, der für Lieferungen an den russischen Staat Eisenbahnkonzeptionen vor allem im Gebiet von Roslaw bis Donez und das Bestimmungsrecht über die russische Kaphthaindustrie verlangte.

Rußland muß die Hilfe, die es den Ententestaaten mit seiner Riesenwalze bringt, mit schweren Opfern an seine Freunde bezahlen.

Die russischen Kriegsschiffe flagen rot.

Stockholm, 25. März. Nach einer Schilderung des „Sufvudstadsblad“ wehen auf allen Kriegsschiffen im Hafen von Helsingfors rote Flaggen. Unter den getöteten Offizieren befinden sich der Hafenkommandant Generalleutnant Protobopow, der Chef des Hafenbauwesens Barnim und der Kommandant von Reval Vera-simov.

Aufänge der Petersburger Erhebung.

„Sichowija Dsedomesti“ vom 9. März bringen im Abendblatt folgenden Stimmungsbericht aus der Duma: Die Stimmung in der Duma war heute von Anfang an ziemlich nervös. Die Abgeordneten versammelten sich schon früh. Ab und zu trafen immer neue Personen in der Duma ein, die einige Einzelheiten über die Vorgänge im Zentrum der Stadt meldeten. Im Sitzungssaal werden die Debatten über die Versorgungsfrage fortgesetzt, aber die Abgeordneten haben anscheinend sehr wenig Interesse für diese politischen Reden auf der Dumatriebühne. Jetzt, wo das Leben selbst eine Reihe wichtiger Fragen in den Vordergrund rückt. In Katharinen- und im runden Saal sammeln sich Gruppen von Deputierten und kommen in eifriger Besprechung der Tagesereignisse zum Ergebnis, daß die ganze Lage nicht durch den Mangel an diesen oder jenen Nahrungsmitteln verursacht worden ist, sondern durch das Fehlen jeder Organisation.

geht es recht phantastisch zu. An der Spitze steht ein General, dessen weitmännische Formen kaum erraten lassen, daß ihren Truppen die Fuchlappen der Mannschaften nicht weniger interessieren als die großen Probleme, die der Krieg aufgeworfen hat. Die Leutnants und Fähnriche spüren das sehr, denn der Divisionär ist fast täglich in den Stellungen draußen und verlangt Aufschluß über das persönliche Wohl jedes einzelnen „Blöckers“. Der Jungkommandant muß nicht nur über jeden Hautriper, den der Mann irgendwie erlitten hat, über die Zähne die ihm fehlen, über den Zustand seiner Leibwäsche und Unterleibung Aufschluß geben können, sondern auch über die Zahl der Kinder und die Lebensverhältnisse der Familie. Das ist für die Leutnants nicht etwa bequem und auch der Mannschaft wird es dabei vielleicht manchmal zumute sein wie den Kindern, wenn der Arzt mit der bitteren Medizin kommt. Trotzdem ist es meines Erachtens die richtige Methode, den Offizier mit dem Soldaten in engen Zusammenhang zu bringen. Wägen unter den jungen Offizieren noch so viele sein, die ihren Deuten von ganzem Herzen zugewandt sind, so ist doch auf die bloße Gutherzigkeit kein rechter Verlaß, und ein nüchternes, sachliches Verständnis für die Bedürfnisse jedes einzelnen wirkt sicherlich nachträglicher als allgemeine Menschenliebe, die doch die strengen Anforderungen des Dienstes nicht auslöschen kann.

Die ins kleine gehende Sorgfalt offenbart sich mir am deutlichsten in der Art, wie jetzt an der Ostfront die Abwehr von Gasangriffen vorbereitet wird. In den Maßnahmen, die bei der Division, die ich am Styr besuchte, getroffen sind, ist keine Spur mehr von österreichischer Gemütslichkeit zu finden; österreichisch sind nur noch die Wägen, die im Schützengraben über die hochnotwendigen Fortschritte des geltenden „Gaswesens“ der Division geritten werden. Diese Vorschriften werden aber genaustens befolgt, und trotz aller Lächerlichkeiten mit dem richtigen Verständnis für ihre Notwendigkeit. Es ist freilich komisch, daß der Soldat selbst beim Besuch der Latrine die Glockentrommel, welche die Gasmaske birgt, um den Leib hängen muß und überhaupt keinen Schritt ohne sie tun darf. Schließlich weiß aber doch ein jeder, daß es nur so zu machen ist und daß die beste Gasmaske gegen die aufsteigenden giftigen Dünste nichts hilft, wenn man sie im Ernstfalle erst suchen muß. Auch die vielen blinden Gasalarms mit hölzernen Klappergeläut sind notwendig,

denn die Betätigung der Alarmanlagen erfordert, wofern sie mit der nötigen Raschheit vor sich gehen soll, sehr viel Übung. Selbst die viel demittelte „Stinklampe“, die im Standort des Divisionskommandos eingerichtet ist und der Erprobung der Gasmasken dient, ist ein notwendiges Requisit.

Als ich die Stellungen besuchte, mußte ich selbstverständlich auch eine Gasmaske umhängen und mich auch mit dem Gebrauche vertraut machen. Ich fand glücklicherweise keine Gelegenheit, meine neuermorbene Kenntnis zu verwerten, denn am Styr haben augenblicklich die Rämpfe keinen besonders leidenschaftlichen Charakter. Im Abschnitt des Regiments, den ich besuchte, erhoben sie sich nicht über das übliche Maß des winterlichen Stellungskrieges. Ein wenig gegenseitige Behelligung mit Artillerie, hier und da das Geklapper eines Maschinengewehrs, das eine Gurte voll Patronen ableiert, zeitweilig ein Flintenschuß, so wie wenn ein Gewehr von selbst los geht. Einige Tage vorher war es im schneebedeckten Gelände: derberichts des seit zugeflossenen Flusses weit leibhoher hergegangen. Auf einem Grabenabschnitt berfeuerten da die Russen binnen einer Stunde 1500 Granaten. Die bombensichereren Erdbeller hielten aber dieser Verübung zuversichtlich stand, und bloß zwei, mehr durch bösen Zufall als durch feindliche Einwirkung Schwerverwundete bildeten für die Russen den Erfolg ihrer Munitionsoverschneidung. Freilich: harmlos ist auch der winterliche Stellungskrieg nicht. Die bittere Kälte hat den Truppen zwar nichts anzuhaben vermocht, denn die Unterstände sind tüchtig geheizt, und im Freien erwies sich auch die warme Kleidung — bei den Feldwachen noch derbeßert durch Pelze und Decken — als völlig zureichend. Erstrierungen kamen nicht vor. Dagegen gab es in kalten Nächten oft er-bitterte Patrouillengänge im verstreuten Vorge-lände und auf der Glätte des Flusses. Erst kürzlich ist da eine Patrouille des Regiments, das einst als erstes den Donaj aberschritt, mit einem mehrschichtigen russischen Jagdkommando zusammengefallen. Die Patrouille ging unversorgt auf die harte feindliche Abstellung los und bezifferte sie durch ihren wilden Angriff mit Gewehrschüssen und Handgranaten dermaßen, daß sie nach kurzem Handgemenge unter Zurücklassung einiger Toter und Verwundeter davonstach. Auch Gefangene brachten die verwegenen Draufgänger noch mit in die Stellung. (2)

Erstürmung russischer Bastillen.

Stockholm, 23. März. Nach Meldungen finnländischer Blätter wurden aus dem brennenden Gefängnis Spalerna in Petersburg vierhundert finnländische Befreiung, von denen vierzehn ihr Todesurteil erwarteten.

Petersburg, 23. März. Reutermeldung. Bei der Befreiung politischer Gefangener in Drel durch eine revolutionäre Menge ist auch General Grigoriew, der sich in Rowno ergab, aus dem Gefängnis entkommen. Andere Gefangene erkannten ihn und riefen laut, daß der Verräter wieder festgenommen werden müsse. Der General wurde neuerdings gefangen genommen.

In Cherson entwaффneten 1700 Verurteilte die Gefangenengewache, brachen in einen anderen Flügel des Gefängnisses ein und befreiten noch 200 Gefangene. Zu gleicher Zeit brach die Menge die Tore auf und befreite weitere 300 Gefangene. Es kamen keine tödlichen Unfälle vor.

Der Krieg auf den Meeren.

167 Schiffe in vier Wochen verloren.

Amsterdam, 23. März. Die Versicherungsfirma Nio und van der Ra berichtet die 20. Verlustliste für die Zeit vom 16. Februar bis zum 15. März. Die Liste enthält die Namen von 69 englischen, 38 norwegischen, 12 italienischen, 3 schwedischen, 2 dänischen, 13 holländischen, 16 französischen, 2 russischen, 4 griechischen, 1 österreicherischen, 1 amerikanischer und 2 Schiffe unbekannter Nationalität, im ganzen umfaßt die Liste 167 Schiffe.

In dieser Liste sind auch die nicht vom Kriege verursachten Schiffsbrüche mitgezählt. Aber das Gros kommt zweifellos auf das Konto Krieg.

Wien, 23. März. Wie ein Funkpruch vom Vertreter des A. A. Telegr.-Büros aus Madrid berichtet, meldet das Blatt A. E. aus San Sebastian: Zwei spanische Gesandte, die der Mannschaft eines norwegischen Dampfers angehörten, der am 16. d. Mts. auf der Fahrt von Cardiff nach Venedig mit einer Ladung von 5000 Tonnen Kohlen in der Nähe der französischen Küste von einem Unterseeboot versenkt wurde, berichteten u. a., daß sich in dem Boot, in dem sie zurzeit untergebracht sind, außerdem Mannschaft von 20 gleichfalls von Unterseebooten versenkten Schiffen befinden.

Ferner teilt A. E. aus Bilbao mit, daß am letzten Sonntag in der Nähe der englischen Küste der in Bilbao heimatische spanische Dampfer Gracia (2950 Tn.) von einem Unterseeboot versenkt wurde.

Christiana, 24. März. (Meldung des norwegischen Telegrammbüros.) Wie das Ministerium des Meeresverkehrs bekanntgibt, ist der Stabangerer Dampfer Ebnäs am 22. d. Mts. 9 Uhr früh von einem deutschen U-Boot 10 Meilen südlich Peterhead versenkt worden. Der Kapitän und 6 Mann sind gerettet, die übrigen werden vermisst. — Der hiesige Dampfer Friaal wurde versenkt, 7 Mann sind in Harmouth eingetroffen, die übrigen werden vermisst. — Der Dampfer Bloмбаag aus Bergen, von Leik nach Bergen unterwegs, ist versenkt.

Die „Humanität“ über den deutschen Rückzug.

Bei der Erörterung der Ereignisse an der Westfront, die in der französischen Presse immer noch einen heißen Raum einnehmen, sprechen nach einem Ferner Telegramm des Wolffschen Bureaus die Fachkritiker bereits von einer Erkennung der neuen Situation. Aus Sonderberichten von der Front geht hervor, daß in den geräumten Gebieten keine Straße, keine Bahnstraße mehr benutzbar ist. „Humanität“ bezweifelt den Bericht eines Sonderberichterstatters, welcher das von den Deutschen geräumte Gebiet besetzt hat und die Darstellung der deutschen Meeresberichte und Kriegsberichterstattung bestätigt, die Behauptungen der Agence Havas aber in vielen Punkten widerlegt. So heißt es bei Beschreibung der verlassenen deutschen Stellungen: Einige unversehrte Apfelbäume und austretende Häusertrümmer beweisen, daß unsere Artillerie keine regelmäßige Beschießung dieses Ortes durchgeföhrt hat, wie an der Somme, wo man von gewissen Dörfern keine Spur mehr findet. Verfasser geht, daß er die Gründe des deutschen Rückzugs nicht versteht. Vom übermächtigen Druck der Alliierten, von dem der Agence Havas schreibt, weiß er also nichts; vielmehr schreibt er wörtlich: Der lange vorbereitete Rückzug hat sich in guter Ordnung vollzogen.

Ueber die Herforderarbeit der Deutschen in dem geräumten Gebiet berichtet der Korrespondent ähnlich wie die deutschen und die neutralen Berichtersteller und sagt: Der Feind hat auf seinem Rückzuge alle Wege systematisch zerstört und die Hindernisse für die Verfolgung gehäuft; er hat alle Mittel angewandt, um unsere Truppen aufzuhalten. Von blinder Zerkleinerungswut, die alles ohne militärische Gründe vernichtet hätte, wie Havas glauben machen will, weiß der Korrespondent jedoch nichts, hebt vielmehr hervor, daß die berühmten historischen Denkmäler in Ruinen unverseht seien. Er schreibt wörtlich: Ein Besuch der Stadt überzeugt uns, daß nur diejenigen Häuser zerstört sind, welche infolge der Minenexplosionen auf den Straßenkreuzungen und Straßen einbüßten. Die o'ne Kathedrale und die Bischofskirche der Dombarren mit ihrer eigenartigen Holzkonstruktion aus dem 13. Jahrhundert sind nicht beschädigt.

Wie die französischen Blätter melden, ist in den befreiten Gegenden auf Anordnung der Militärbehörden jeder Verkehr sowie der Verkehr der Ortschaften untereinander strengstens untersagt worden.

Unruhen in Indien.

21. London, 23. März. Ueber die Lage in Indien wird aus Delhi gemeldet, daß am 17. März eine stiegende Kolonne von Tank aus unterführt von einer Brigade, eine große Anzahl von Mahmands in der Nähe von Samail auseinandergetrieben habe. Die Mahmands standen unter dem Befehl ihres Kullah Bagebins. Es wurden ein englischer Anführer, zwei Offiziere und dreizehn Sepoys getötet.

Die Mahmands in der Nordwestecke Indiens haben den Engländern während des Weltkriegs zu mehreren Malen schwere Gefechte geliefert. Sie sind also immer noch nicht zur Ruhe gebracht.

Bandenaufstand in Nordgriechenland?

Frankfurter Bericht aus Saloniki vom 19. bis 22. März. Köhlich von Konstantin kam es zu heftigen Kämpfen um den Besitz der Höhe 1243, die endgültig in unseren Händen verblieb, trotz der wiederholten deutsch-bulgarischen Gegenangriffe. In dieser Gegend wurden insgesamt mit Einschluß der im früheren Bericht mitgeteilten Zahlen erbeutet: 11 Maschinengewehre und 2 Graatgeschütze; 24 Offiziere und 1777 Mann wurden gefangen genommen. Gleichzeitig wurden 8 feindliche Flugzeuge durch die englische Armee abgeschossen, deren tätige Flieger die Wohnhöfe und feindlichen Wagneparts bombardierten.

Bei einer Holzgelunternehmung, die durch das Aufstauen griechischer Banden in der neutralen Zone nötig wurde, warfen wir mehrere Banden gegen Kirpugos zurück und beschlagnahmten eine große Zahl von Gewehren und verstreuten Patronen.

Während des 23. März kein wichtiges Ereignis an der Front der Orientarmee. Heftige gegenseitige Beschüßung. Der Feind feuerte auf Konastir zahlreiche Brandgranaten. Britische Wasserflugzeuge warfen Bomben auf Pradista und Kenali in der Gegend von Orfano.

Organisation der Verwaltung Belgiens.

Brüssel, 24. März. Der Generalgouverneur verordnete heute folgendes: In Belgien werden zwei Verwaltungsgebiete gebildet, von denen das eine die Provinzen Antwerpen, Limburg, Ostflandern, Westflandern sowie die Kreise Brüssel und Löwen, das andere die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur sowie den Kreis Nivelles umfaßt. Die Verwaltung des erstgenannten Gebiets wird von Brüssel aus, diejenige des letztgenannten von Namur aus geföhrt. Alle weiteren Anordnungen zur Ausführung dieser Verordnung, insbesondere hinsichtlich der Organisation der Verwaltung beider Gebiete und hinsichtlich des Ueberganges der Geschäfte, werden vorbehalten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Großschiffahrtsweg Elbe-Ober-Donau. In Auftrag wurde der österreichische Arbeitsausfluß für den Großschiffahrtsweg Elbe-Ober-Donau gegründet. Der Vollzugsausschuß beschloß sodann, den Ober-Weichsel-Kanal in sein Arbeitsgebiet einzubeziehen.

Der gefangene Fliegerpreis. Reuter meldet: Einer der Flieger, welcher gestern gefangen genommen wurde, war Prinz Friedrich Karl von Preußen.

Die französischen Budgetwüffel. (Sabotage.) Die Kammer hat mit 478 gegen 3 Stimmen die gesamte Vorlage der provisorischen Budgetwüffel des zweiten Vierteljahres 1917 angenommen.

Erneute Erklärung des Drüßigen Krieges. Nach einer Meldung des „Progres de Lyon“ hat infolge der Einnahme von Bogdad der Scheich el Islam erneut den Heiligen Krieg erklärt. Ein Trabe der Regierung ordnet die Generalvolksmobilisierung an.

Politische Uebersicht.

Die nächste Forderung.

In einem Artikel, der in verschiedenen Parteiblättern erschienen ist, verlangt Genosse Eduard David, als nächste Forderung der Reueinstellung, eine Reueinstellung der Reichstagswahlkreise. Er weist auf die jetzt bestehenden geradezu ungeheuerlichen Ungleichheiten der Wahlkreisverteilung hin, wonach z. B. bei den Wahlen 1912 beispielsweise der Wahlkreis Teltow-Beckow-Charlottenburg 1315 601 Einwohner mit 339 250 Wahlberechtigten hatte, während der Wahlkreis Schaumburg-Lippe nur 46 800 Einwohner mit 10 700 Wahlberechtigten zählte. Diese beiden Extreme zeigen, wie weit sich infolge der Bevölkerungszunahme seit 1880 das Reichstagswahlrecht von dem Zustand annähernder Gleichheit entfernt hat.

Genosse David belegt die Ungerechtigkeit der heutigen Wahlkreisverteilung mit eingehenden Statistiken. Hier ist roscheste Neuorientierung eine vaterländische Ehrenpflicht, die zudem nichts weiter wäre, als die endliche Erfüllung eines bereits gesetzlich anerkannten Anspruchs. Denn in § 5 des Reichstagswahlgesetzes heißt es ausdrücklich: „Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.“

„Radezu ein halbes Jahrhundert.“ schreibt David, ist verfloßen und noch harzt die städtische Bevölkerung auf die Durchführung dieser Bestimmung. Nun aber ist es Zeit, das ihr gesetzlich zustehende Recht endlich in die Praxis zu überführen.

Man mag darüber streiten, ob es ratsam ist, bei der durchschnittlichen Seelenzahl von 100 000 für den Wahlkreis zu bleiben. Es gäbe bei 70 Millionen Einwohnern 700 Abgeordnete. Das wäre vielleicht ein zu schwerfälliger Apparat. Will man ihn vermeiden, so bleibt die Erhöhung der Durchschnittszahl auf 150 000 für den Wahlkreis als Ausweg. Das ergäbe zurzeit etwa 470 Sitze, die sich mit dem Wachstum der Bevölkerung auf 75 Millionen auf 500 Sitze vermehren würden. Das wäre durchaus keine übermäßige Stärke des deutschen Reichsparlamentes. Das italienische Parlament zählt 508, das österreichische 516, das französische 584 und das englische 670 Abgeordnete. Mit der Einführung des Proportionalwahlrechts wäre die genaue und dauernde Anpassung an die Bevölkerungsvermehrung am leichtesten zu erreichen.

Glaubt man aber eine so durchgreifende Umgestaltung, wie sie die Reueinstellung sämtlicher Wahlkreise oder die allgemeine Einführung des Proportionalwahlrechts bedeutet, während des Krieges nicht durchföhren zu können, dann erscheint wenigstens die roscheste Durchführung einer provisorischen Neuordnung geboten, die das schlimmste Unrecht nach der nächsten Wahl beseitigt. Man vermehre die Mandate aller über 300 000 Einwohner zählenden Wahlkreise, so daß auf jedes volle Hunderttausend ein Abgeordneter entfällt. Das ergäbe ein Mehr von etwa 115 Abgeordneten für die großen städtisch-industriellen Bezirke, also eine Zulage, die den Vorprung der ländlichen Wahlkreise noch keineswegs einholt. Aber durch dieses Spielend leicht durchzuföhrende Provisorium wäre wenigstens verhütet, daß die nächste Wahl noch einmal im Zeichen der krochsten Ungleichheit sich vollzieht.

Geld allein tut's nicht!

Die „Frankf. Zig.“ hatte kürzlich eine Einsendung abgedruckt, in der vorgeschlagen wurde, die gesellschaftliche Wertung nach der Steuerleistung zu bemessen. Dagegen wendet sich — mit vollem Recht — eine Zuschrift an die agrar-konservative „Deutsche Tagesztg.“, in der ausgeführt wird, daß dieser Vorschlag eine Beleidigung der Krieger sei:

Von dem Augenblick an, wo die gesellschaftliche Stellung von der Steuerleistung abhängig wird, müßte man unter diesen anderen auch den Richter, der die ersten Millionen herprägt, in eine höhere Gesellschaftsklasse einreihen. Ich glaube nicht, daß unser Staat so tief sinken wird, solchen Materialismus anwenden zu müssen.

Der Einsender erschrift sofort vor den selbstverständlichen Folgerungen, die man aus diesem unvorsichtigen Bekenntnis ziehen kann, und fügt vorstichtig, aber nicht ganz sicher hinzu: Wenn die Steuerleistung politisch gewertet werden soll, scheint das eher Berechtigung zu haben. Aber vergessen wir auch hier nicht, daß Steuerleistungen niemals das einzige sind, worauf sich das Staatswesen gründet!

Der Krieger soll also hinter dem Richter, der die ersten Millionen herprägt, in der Reihe der Nicht zurückgekehrt werden! Aber in seinem Recht als preußischer Staatsbürger dürfte er es?

Anträge zum Etat des Reichskanzlers.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat zum Etat des Reichskanzlers einen umfangreichen Antrag eingebracht.

Der Antrag fordert die schleunige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Einholung der Zustimmung des Reichstags bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sichergestellt wird. Ferner wird gefordert, auf den schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Vertrags von Amertongen jeder Art durch alle Kriegführenden Staaten hinzuwirken. Außerdem wird verlangt, dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der für die Reichstagswahl künftig die Verhältniswahl festsetzt, das aktive und das passive Wahlrecht an das 20. Lebensjahr knüpft, den Frauen das Wahlrecht gibt und weiter festsetzt, daß der Wahltag ein Sonntag oder Feiertag sein muß. Sodann wird gefordert, daß in jedem Bundesstaat eine aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht hervorgegangene Vertretung bestehen muß, und daß die bestehenden Ersten Mannern (Herrenhäuser) aufgehoben werden. Der Antrag fordert dann noch die Aufhebung der noch bestehenden Ausnahmegerichte (Justizengeseß, Sprachenparagraf usw.); ferner die Aufhebung der Gesindeordnung und Sicherstellung des Koalitionsrechts; außerdem wird gefordert eine Sicherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts, des Briefgeheimnisses und der Wahlfreiheit gegen militärische und politische Angriffe, wie sie unter dem Belagerungszustand erfolgen. Zum Schluß wird der Reichskanzler aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst die familiären wegen politischer Delikte ergangenen Strafen aufgehoben werden.

Daß dieser Antrag, der eine Zusammenstellung bekannter früherer Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darstellt, von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt werden wird, ist vorauszu sehen. Bieleicht aber schafft man bei dieser Gelegenheit eine „Neu-Orientierung“-Kommission, die endlich einmal feststellt, was nun eigentlich geschehen kann und geschehen soll.

Kriegswucher an den Kranken.

Eine neue Bundesratsverordnung macht den Großhandel mit Heilmitteln von einer besonderen Erlaubnis abhängig. Begründend wird dazu ausgeführt, daß sich die Spekulation — und zwar vielfach seitens Personen, die sich bisher niemals mit dem Arzneimittelhandel befaßt hatten — dieses Handels bemächtigt hatte und zu befürchten stand, daß durch Ankäufe ein Mangel an einzelnen Arzneimitteln sowie eine unerwünschte Verteuerung entstehen würde. Es wird daher die Steigerung des Preises für Arzneimittel durch unlautere Machenschaften, namentlich durch Kettenhandel, besonders unter Strafe gestellt.

Dieses wuchernde Scharwettertum an den Kranken gehört zu den herrlichsten Blüten einer Gesellschaftsordnung, die auf sogenannte „wirtschaftliche Freiheit“ gegründet ist.

Der Deutsche Wohnungsausschuß zur Reichsverkehrssteuer. Uns wird geschrieben: Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Wohnungsausschusses hat sich am 19. d. Mts. in eingehender Beratung mit der Frage der Reichsverkehrssteuer beschäftigt. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß dringend gefordert werden muß, den Verkehr der Straßenbahnen usw. von der Reichsverkehrssteuer völlig freizustellen, weil sonst die Wohnungspolitik so wichtige Aufgabe, die Wohnung möglichst in die urbanen Gebiete der Städte zu verlegen, auf das schwerste gefährdet würde. Jedenfalls würde es für die Ziele einer gesunden Wohnungspolitik sehr nachteilig sein, wenn infolge einer Erhöhung des Straßenbahnpreises meine Teile der Bevölkerung an einen engen Umkreis um ihre Arbeitsplätze gezwungen würden.

Letzte Nachrichten.

Amerika und das belgische Hilfswerk.

Washington, 24. März. (Reuter.) Das Staatsdepartement kündigt formell die Abberufung der an dem Hilfswerk beteiligten Personen aus Belgien an, die durch eine vereinigte neutrale Kommission ersetzt werden, die hauptsächlich unter Aufsicht holländischer militärischer Beamter steht. Witherlof geht als Gesandter für Belgien nach Le Havre. Die Amerikaner in Rotterdam unter Hoover werden mit der Leitung des Hilfswerkes fortfahren.

Die Finanzen des neuen Rußland.

Petersburg, 24. März. (Meldung der Petersburger Telegrammenagentur.) Eine Bekanntmachung der provisorischen Regierung, die heute vormittag erschienen ist, befragt: Da die Erschütterung der Grundlagen unserer Volkswirtschaft während des Krieges dem Lande unendliches, unheilbares Ungleich bringen kann, so erklärt die provisorische Regierung, daß sie alle von der alten Regierung übernommenen Geldverpflichtungen gewissenhaft und ohne Abweichungen erfüllen wird. Gleichermäße sind alle Steuern usw. wie bisher zu veranlassen. Die Regierung empfiehlt den Staatsbehörden die größte Sparsamkeit und wird zu diesem Zwecke wirksame Ueberwachungsmaßregeln feststellen. Da der Krieg ungeheure besondere Kosten macht, wird die Regierung die Erhöhung mehrerer Steuern nicht umgehen können, aber das neue Steuersystem, welches im Finanzministerium ausgearbeitet werden wird, wird alle Auflagen gemäße der Finanzkraft der verschiedenen Klassen der Steuerpflichtigen verteilen.

Finnland den Finnländern.

Kopenhagen, 25. März. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: In Finnland herrscht allgemeine Mißstimmung darüber, daß die Kommandanten der Reichssekretärs und des Generalgouverneurs für Finnland nicht mit Finnen besetzt sind. In den letzten Tagen haben wiederholt Versammlungen stattgefunden, in denen gefordert wurde, daß Finnland von Finnländern selbst verwaltet werde.

Die Ueberlebenden des Danton.

Bern, 25. März. „Express de Yvon“ zufolge trafen in Yvon die ersten Ueberlebenden des Danton ein. Auf der Ueberfahrt haben mehrere Schiffbrüchige eine größere Anzahl in Schweden erkrankt. In Cagliari und Ajaccio wurden gleichfalls Ueberlebende ausgeschifft. Der Kommandant des Danton, Kapitän Deloge, ist umgekommen.

Der Gesandte Chinas fordert die Pässe.

Berlin, 25. März. Der hiesige chinesische Gesandte hat im Auftrage seiner Regierung um Ausbändigung seiner Pässe gebeten.

Aus Groß-Berlin.

Jetzt ist es Zeit,

Freunde und Bekannte daran zu erinnern, daß sie zum 1. April den „Vorwärts“ abonnieren sollen. Jeder Leser kann seinem Blatt einen neuen Abonnenten gewinnen, wenn er sich den rechten Mann aussucht und die rechten Worte zu brauchen weiß. Jeder Leser ist daran interessiert, seinem Blatt zu immer größerer Verbreitung zu verhelfen; er arbeite also daran mit, die Zeitung in immer höherem Grade zur öffentlichen Macht werden zu lassen. Wer die Interessen des Blattes schädigt oder vernachlässigt, schadet damit der sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterschaft.

Der „Vorwärts“ ist eine Zeitung, die nicht nur oberflächlicher Deklamation dient, sondern die ihre Leser zum Nachdenken auffordert. Gerade darum ist er ein sehnlichst erwarteter und willkommenes Gast in den Schützengräben. Wer ihn hinausdrückt, sorgt mit dafür, daß das geistige Band zwischen unseren Genossen in Feldgraben und der Arbeiterschaft dahinein nicht verloren geht.

Was heute nicht geschieht, ist für lange Zeit veräumt. Werbt dem „Vorwärts“ neue Leser! Sendet den „Vorwärts“ ins Feld!

Jugendweiche der Arbeiterschaft.

Die von der Arbeiterschaft Groß-Berlins veranstaltete Jugendweiche fand am gestrigen Sonntag statt. Es ist erst wenige Jahre her, daß die Arbeiterschaft für ihre aus der Schule scheidenden Kinder diese Jugendweiche einrichtete. Seitdem hat die Veranstaltung sich andauernd gesteigert. Gestern nahmen 200 Knaben und Mädchen mit ihren Angehörigen an der Feier teil, die in gewohnter Weise verlief. Der bittere Ernst des Krieges lag über der Versammlung, in der man auch manchen aus dem Felde auf Urlaub hergekommenen Vater sah. Die Weiberrede von Ernst Dänig wies die nun ins Leben hinaustrretenden Kinder hin auf die Pflicht, sich ihrer Jugendweiche zur Arbeiterschaft zuwenden zu lassen. Jeder und jede von ihnen müsse Schulter an Schulter in Ueberzeugungstreue mitkämpfen um das große Ziel, die Arbeit freizumachen. Die Erinnerungsgabe, die den Kindern überreicht wurde, bestand in einem Buch. Harmoniumspiel und Gesangsvorträge leiteten die Feier ein und schlossen sie.

Die Kundgebung für die Kriegsanleihe.

Um für die Kriegsanleihe zu werben, wurde in Berlin am Sonntag eine öffentliche Kundgebung veranstaltet. Der Magistrat, die Kassen der Kaufmannschaft, die Handelskammer und die Handwerkskammer hatten gemeinsam zu einer Versammlung eingeladen, in der der Berliner Oberbürgermeister und Preussens Finanzminister zu der Bevölkerung reden wollten. Unter der Teilnehmermasse, die den Platz dicht füllte, beherrschte man Vertreter von Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionären, an ihrer Spitze den Reichsminister.

Oberbürgermeister Werntz sprach von der Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes, um Frieden und Glück der fernsten Geschlechter, von dem unermüdet handhabenden und ungebeugt duldenden Ernst, der uns den Frieden bringen sollte. Bis dahin bleibe es bei dem Entschluß, zu kämpfen und zu hoffen, zum Kampf zu helfen und alles zu geben, um alles zu erhalten und wiederzuerhalten.

Finanzminister Dänig sagte, die fürchtbarste Koalition, die die Welt je gesehen hat, alle Großmächte sehen gegen uns. Er wies dann hin auf die Siege der deutschen Waffen, auf die Mißerfolge der Engländer, auf das Schicksal des Russenlandes, dem unter unseren Schwingen die Krone vom Haupt gegliedert sei. Das deutsche Volk könne den tapferen Truppen und ihren großen Führern, was sie bisher getan, nie genug danken. Jetzt, wo die Entscheidungsschlachten geschlagen werden sollen, habe jeder Teilnehmende die Pflicht, mitzuhelfen, daß der Krieg gewonnen werde. Dazu gehöre zuerst, daß die Ernährungsschwierigkeiten und die damit verbundenen Entbehrungsopfer willig auf uns nehmen und tragen. Dazu gehöre ferner, daß wir das Opfer bringen, unser Geld dem Vaterland darzulegen. Ein Opfer sei das auch gar nicht, denn das Reich zahle 5 Proz. Zinsen und sei der sicherste Schuldner, den es in der Welt gibt. Der Krieg müsse, nachdem das Friedensangebot abgelehnt worden sei, weitergeführt werden bis zum siegreichen Ende.

Bei der Kundgebung wirkten der Sozialistische Arbeiterklub und ein sehr hübsch klingender Chor von Berliner Gemeindefunktionären mit.

Die neuen Milchpreise.

Die Zentralstellen, insbesondere die Preussische Landesstelle, beschäftigten sich seit längerer Zeit mit der Neuordnung der Milchpreise. Die zunächst beabsichtigte einheitliche Regelung ist später wieder aufgegeben worden, und die Preisfestsetzung den Oberpräsidenten übertragen worden. Für die Provinz Brandenburg betragen diese neuen Produzentenhöchstpreise für Vollmilch 30 Pf. bisher 24, und 30 Pf. für Magermilch. Die Milch, die vor dem Eintritt in Berlin in einer Molkerei gereinigt und gekühlt wird, erhält einen Preiszuschlag von 2 Pf. Die Zentralstelle Groß-Berlin hat nun den Spannungsfeld unserer Uebernahme ganz erheblicher Zuhilfen in solchen Grenzen gehalten, daß der Kleinhandelspreis für Vollmilch auf 40 Pf. festgesetzt werden konnte. Auch die Milch der Abstellwirtschaften muß zu diesem Preise abgegeben werden. Da der Kleinhandelspreis zurzeit 32 Pf. beträgt, so beläuft sich die Erhöhung auf 8 Pf., von denen 6 Pf. und soweit die Milch in einer Provinzialmolkerei bearbeitet wird, die vollen 8 Pf. auf die Erhöhung des Erzeugungspreises entfallen. Die Festsetzung des Magermilchpreises ist nach den gleichen Grundsätzen erfolgt; der Kleinhandelspreis beträgt 30 Pf. gegenüber dem jetzt üblichen von 26 Pf.

Einschränkung des Petroleumbezuges.

Vom 1. April ab darf Petroleum nicht mehr an Arbeiter verkauft werden. Dadurch ist die Möglichkeit, die Heimarbeit und sonstigen Empfänger von Petroleumarten nach dem April hindurch mit Petroleum zu versorgen, fortgefallen. Geringe Restbestände gelieferten dem Berliner Magistrat, Kartenpetroleum noch in der ersten Aprilwoche auszugeben. Jedem Käufer einer Petroleumkarte wird dabei anbeigeführt, nach Abrechnung des letzten Abschnittes den Kopf der Petroleumkarte noch aufzubewahren, um in der ersten Aprilwoche noch Petroleum zu entnehmen.

Klagen über die Berliner Volkspeisung

Hören nicht auf. Vor und liegt ein Säcken Zustücken, die sich auf die veränderten Mischungsverhältnisse beziehen. Bemängelt wird z. B., daß das Essen zu dünn gelocht werde, daß es nicht genug Kartoffeln enthalte, daß selten Fleisch beigegeben sei und so weiter. Solche Zustimmungen äußern sich meist in so starken Ausdrücken, daß sich ihre Wiederhergabe verbietet. Und will ich meinen, daß doch ein wenig die Bedingungen verändert werden, unter denen die Volkspetition arbeitet. Aber ihr sind, wie sich begreifen läßt, so stark gezeugen, die sich aus dem allgemeinen Volksnährungsinteressen ergeben. Manches heilich könnte anders und besser sein, trotz allen Hindernissen, mit denen die Volkspetition zu kämpfen hat. Gewiß sind die Verhältnisse veränderbar, aber mit dieser Bedenken ist doch man nicht die immer wiederkehrenden Beschwerden über Mängel der Speisenzubereitung abtun wollen. Doch eine Sache, wie ihr Inspektor antwortete, bei der Zubereitung „Unklarheit“ hat, sollte eigentlich nicht vorkommen. Geplagt wird auch wieder über Langsamkeit der Abfertigung in den Speisenausgabestellen und über Gedränge der Essenstische. Dieses Uebel, das mit

einiger Umsicht und bei richtiger Raumausnutzung sehr wohl zu vermeiden wäre, kann die weniger Widerstandsfähigen geradezu von der Beteiligung an der Volkspeisung abhalten. Einer, dem die Kranke durch Verordnung von „Mittagsloft“ aus der Volkspeisung eine Wohltat zu erwählen gläubte, schildert uns, was er in seiner Speisenausgabestelle erlebte. Der Appetit verging ihm, als er sah, wie in dem Wartsaal der nach langem Warten ungeduldig sich vorwärts schiebenden Menge mancher mit feiner Kleidung den offenen Speiseltischen bedenklich nahe kam. Er selber, der sich der Nachdrängenden nicht erwehren konnte, wäre fast in einen der Stühle hineingestoßen worden. Der Unwille richtet sich meist gegen die nächstreichbaren Personen, gegen die Angestellten und die ehrenamtlich mitarbeitenden Frauen, die aber selber unter diesen Umständen leiden. Erwähnt sei noch, daß auch das Verhalten der Polizeibeamten, die den Saalraum der Wartenden „beaufsichtigen“, nicht immer als erfreulich empfunden wird.

Die Posten. Im Staatsauschuss beantwortete der Magistratsvertreter eine Anfrage über die Zahl der Postenkrankungen in Preußen dahin, daß die Gerichte über die Erkrankungen in Berlin falsch seien. In ganz Preußen seien wöchentlich höchstens nur 150 Erkrankungen gemeldet worden, in Berlin nur 30, wovon kaum 10 v. H. tödlich verliefen. Insgesamt seien bisher in Berlin etwa 140 Erkrankungen und nur 17 Todesfälle zu verzeichnen gewesen. Es läge also nicht der geringste Grund zu irgendwelcher Beschränkung vor, auch sei eine Abnahme der Erkrankungen bemerkbar.

Die Geschichte einer Milchkarte.

Eine Treptower Leserin schreibt uns: Mein Kassenarzt hat für die Bekämpfung, daß ich wegen meines sehr heruntergekommenen Körperzustandes Krankenmilch erhalten müßte, 3 M. zu beantragen. Um mir eine gründliche Untersuchung zu sichern, ging ich zu einer als gewissenhaft bekannten Ärztin und bezahlte dieser etwas mehr. Der Befund lautete: schwere Herzneurose, starke Blutmangel- und Abmagerung, allgemeine Schwäche. Wie mir die Ärztin sagte, war mein Zustand besorgniserregend, weitere Abmagerung lebensbedrohend. Das Körpergewicht betrug bei 36 Jahren nur noch 98 Pfund! Trotzdem erhielt ich von der zuständigen Behörde nach 14 Tagen den Bescheid: „Ihren Antrag kann nicht entprochen werden“. Nach Rücksprache mit der Ärztin erhob ich schriftlich Einspruch und stellte mich dem Amtsarzt, dem ich gestattungsgemäß ebenfalls ein Honorar gezahlt hatte, behufs körperlicher Untersuchung zur Verfügung. In ärgerlichem Warten verging mir wieder 14 Tage. Dann kam abermals der Bescheid: „Ihren Antrag kann nicht entprochen werden“. Der Amtsarzt hatte mich also nie gesehen, wollte mich auch nicht sehen, wußte aber besser Bescheid als die Ärztin, die mich wiederholt körperlich genau untersucht hatte. Was nun? Übermalige Fahrt zur Ärztin, wieder Honorarzahlung und 40 Pfennig Fahrtkosten, stundenlanges Warten, neue körperliche Untersuchung und noch dringenderes Attest, das sofort eingereicht wurde. Wieder drei Wochen Wartezeit! Nichts rückte sich. Dann ging ich zum Rathaus hin und erkundete hier, daß endlich — nach acht Wochen und mit unendlich aufgelaufenen Kosten — ein Biersteller (i) Milch täglich und ein halbes Pfund Griech wöchentlich bewilligt worden war. Na, man soll für alles dankbar sein. Als ich aber dann meinen Griech kaufen wollte, sagte man mir, daß die Gemeinde seinen Griech abgebe, und im Rathaus ließ es auf erneute Vorstellungen: „Dann müssen Sie eben haterkochen nehmen“. Bienen werde ich von dem Biersteller

Milch bis zum 1. Juni zuziehen? Dann geht die Hölle nach der Milchkarte von neuem los.

Die Fürsorgeorgane Berlins haben sich im Jahre 1916 auffällig rasch gemehrt. Das Jahr 1915 hatte mit einem Bestande von 4106 Jöglingen abgeschlossen. Im Laufe des Jahres 1916 kam die ganz ungewöhnlich hohe Zahl von 1404 neuen Jöglingen hinzu, während nur 618 ausschieden. Hiernach stieg bis zum 31. Dezember 1916 der Bestand auf 4897 Jöglinge, um 791 mehr als am Schluß des vorhergehenden Jahres. Die beiden Geschlechter sind sehr ungleich beteiligt. Vom Ende des vorherigen bis Ende des letzten Jahres mehrten sich die männlichen Jöglinge von 2580 um 493 auf 3073, die weiblichen von 1567 um 298 auf 1865.

Die Fortbildungsklasse im Friedrichs-Gymnasium, Albrechtstraße 27, eröffnet ihre Sommerkurse am 11. April. Sie bietet Herren und Damen Gelegenheit zu sprachlicher und technischer Fortbildung. Das Schulgeld beträgt für den ganzen Lehrgang von 2 Stunden wöchentlich 2,50 M., von 4 Stunden wöchentlich 5 M. Die Unterrichtszeit liegt zwischen 8 und 10 Uhr abends. Anmeldungen werden Abreichte, 27 jederzeit angenommen.

Zweiter Brand bei Wollner.

Die Berliner Feuerwehrr wurde am Sonntagmorgen um 4 Uhr zum zweiten Male innerhalb drei Tagen nach dem Waldmarkt 2 gerufen. Abermals standen dort im 3. Geschloß Werkstätten und Lagerräume der Möbelwerkerei von R. Wollner. Nachfolger in großer Ausdehnung in Flammen. Abermals mußte die Feuerwehrr, die mit den Löschzügen 1 und 4 zur Stelle war, mehrere Stunden hängen, um das Feuer, das an Holzmaterialeisen usw. reiche Nahrung gefunden hatte, Herr zu werden. Abermals war es nicht möglich, die Entstehung aufzuklären. Der Schaden soll nicht unerheblich sein.

Zentralwahlverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Ortsverein Schöneberg. Mittwoch, den 23. März d. J., abends 8 Uhr in den „Neuen Rathhäusern“, Weininger Straße 9 (Tunnel), Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hugo Böhm über: „Revolution oder Reform“; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand. J. A.: W. Frisch, H. Ritter, Fr. Lager.

Sozialdemokratischer Ortsverein Bilmersdorf. Die Mitglieder-versammlung findet nicht am 26. März, sondern erst am 2. April statt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittig. Bismlich mild und teilweise aufklärend; jedoch vorwiegend trübe mit wechsellagernden, im Südwesten meist geringen, in den anderen Gegenden vielfach starken Niederschlägen.

Aus aller Welt.

Die englische Sommerzeit.

London, 23. März. Die Regierung hat beschlossen, die Sommerzeit in ganz England mit dem 8. April um 2 Uhr nachts einzuführen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhofer; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reutbahn; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin, Unter den Eichen 15.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eis.
7^{1/2} Uhr. Vorzügliche Küche.

Uhren - Goldwaren
Piltz & Co., Lindenstr. 100.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
Behandl. von Syphilis, Haut-,
Harn-, Frauenleiden, spez. chron.
Kräfte, Erythema-nodosum, Schmerz-
lose, längste Behandlung ohne Be-
rührung, Blutuntersuchung, Nög.
Breite, Kellergänge, Sprechstunden
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Zigaretten
direkt von der Fabrik
zu Originalpreisen
100 Zig. Kleinverkauf 1,00 Pfg. 1,80
100 3 . . . 2,30
100 3 . . . 2,30
100 4,2 . . 3,20
100 6,2 . . 4,50
Vorsand nur gegen Nachnahme
von 100 Stück an.
Zigaretten prima Qualitäten, von
100.- bis 250.- M. p. Mille
Goldenes Haus Zigarettenfabrik
G. b. z. H.
Berlin, Friedrichstraße 80.
Fernspr. Zentrum 7487.

Kaninchen kauft
Abzugeben
Zur Zell, ansgenommen . . . 3,50
Eingekleidete Stiegen . . . 2,70
Tasche. Pflaumer 21.
Kochhaus Dalkesches Tor.

Schlosser
für Teilbau in Akkord sofort gesucht.
Sablatnig Flugzeugbau, Schlesiensstr. 26.

Spezialarzt
Dr. med. Karl Hei.hardt.
Potsdamer Str. 117
Auklärende
48 Seiten starke Broschüre 30 Pf., nach
außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert

Schmerzliche Erinnerung.
Als Opfer dieses Völkerringens
fiel am 26. März 1916 mein
bergschuler Mann und treuer
Vater meines Kindes, unermess-
licher Bruder, Schwager und Onkel,
der Landsturmmann
Max Mühlenderlein
Pantwehr-Inf. Reg. 48.
Dieses Schmelgen berührt an
dem Grabe. Beinhaltet in
diesem Buch, und die Liebe spricht
in diesem Buch alle Ihre
Schmerzen aus.
Gewidmet von seiner Gattin
nebst Tochter u. Angehörigen

Rammer und Arbeiter
stellt ein
Allgemeine Betriebs-Abteilung,
Fluggewerkschaft Adlershof.
Vollständiges Führungsbüchlein
mitzubringen.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzigerstr. 75 11
Voll normale Beleuchtung
Diskretion, Respekt,
Gelegenheitskaffe
Uhren
 Brillanten
 Schmucksachen
10-50%, unter Ladenpreis

**DRUCK
ARBEITEN**
in guter Ausführung
VORWÄRTS
Buchdruckerei und Verlag
SW. 63 Lindenstraße 3

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken
FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Deutscher Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Berlin.
Sonntag, den 1. April 1917, im Gewerkschafts-
haus, Engelauer 15:
Großer heiterer Lichtbilder-Vortrag
Die malerische Spree.
×× Eine Reise von der Quelle bis zur Mündung. ××
Von Oskar Bolla, Schriftsteller.
Mit über 100 Naturfarblichtbildern.
1. Von der Quelle bis Lübben. 2. Von Beeskow bis Spandau.
U. a.: Vom grünen Strand der U. a.: Fürstenwalde — Die
Spree — Die Spreequellen — Die Dubrow —
um Gebirge — Romantische — Im Gebiet der Müggelberge —
Felsenhäuser bei Bantzen — Stralun und Heiteres vom
Die Ortenburg — Brandis — Stralauer Fischzug 1830 — Die
Der Spreewald. Spree in Berlin.
Konzert
der Musikalischen Abteilung der Ortsgruppe Berlin.
Dirigent Herr Verpahl.
Eintritt 10 Pf. Garderobe frei. Saalöffn. 5 Uhr. Anfang Punkt 6 Uhr.
Rauschen während des Vortrages verboten.
Billets sind zu haben bei Fritz Kruse, Mariannenstr. 11;
Horach, Engelauer 15; Heyse, Boyenstr. 19; Huth, Warschauer
Str. 61; Wolf, Hochstr. 19.